

Thailand-Tagung:

Wie aneinander vorbeigeredet wird ... – wenn die falschen Leute zusammen sind

Recht hatte Sabine Wenke von der Frankfurter Rundschau in ihrem Bericht, daß auf der von uns in Zusammenarbeit mit der Akademie Klausenhof Mitte Juli veranstalteten Tagung mit dem Titel "Thailand auf dem erfolgreichen Weg zur Industrialisation?" z.T. aneinander vorbeigeredet wurde. Schließlich kamen Teilnehmer und Referenten, insbesondere diejenigen aus Thailand, mit unterschiedlichen Erwartungen auf das Seminar. Den zitierten Teilnehmer und eine Reihe weiterer Studenten, die im Rahmen ihres Studiums sich schon länger mit Thailand beschäftigen, interessierten insbesondere Details über Weltbankprojekte in Thailand, weniger die Fragestellung des Seminars. Den thailändischen wie auch den deutschen Referenten ging es entsprechend der allgemeinen Fragestellung darum Aspekte dazu aus den verschiedenen Bereichen aufzuzeigen und dabei, soweit ihnen möglich, direkte oder indirekte Einflußnahme von Weltbank- und IWF-Politik herauszustellen. Sie haben wie auch die Veranstalter unter den Teilnehmer/innen mit mehr Aktivisten aus deutschen Umweltorganisationen, Frau-

enorganisationen, Gewerkschaften und anderen politisch orientierten Organisationen gerechnet, die sich mit der von Weltbank und IWF getragenen Weltwirtschaftsordnung nicht nur akademisch auseinandersetzen. Von diesen fanden sich leider nur wenige unter den Teilnehmern.

Das Konzept der Veranstalter war, mit den 6 Referaten Informationen und Einschätzungen als Eckpfeiler für eine Gesamteinschätzung des thailändischen Entwicklungsweges zu geben und zu versuchen, Parallelen zu Entwicklungen in der BRD aufzuzeigen, um inhaltliche Ansätze einer Zusammenarbeit von sozialen Bewegungen und ihren Organisationen hier wie in Thailand herauszuarbeiten. Leider konnte dieses nicht erreicht werden. Die Referate hätten für solch eine Einschätzung und Diskussion reichlich Material geliefert.

Die Veränderungen in der Landwirtschaft, mit der wachsenden Umweltbelastung durch den massiven Einsatz (deutscher) Chemie, mit der Anpflanzung von bodenauslaugenden Tapioka für den Export nach Europa als Mastfutter, sowie

mit dem hier unter "Bauernsterben" bekannten Phänomen als soziale Folge der Verschuldung, stehen im unmittelbaren Zusammenhang nicht nur mit der Landwirtschaftspolitik bei uns. Ist bei solcher Fragestellung die Feststellung, daß die fruchtbarste Zentralebene Thailands trotz höchster Verschuldung mit am wohlhabendsten ist, zwar richtig aber irrelevant, wenn im kargen Nord-Osten das Land immer unfruchtbarer wird und eine sehr viel größere Anzahl von Bauern, als in der Zentralebene, verelendet? Schließlich sind auch die USA als reichste Nation der Welt am höchsten verschuldet und andere Länder nicht so hoch und doch völlig verarmt.

Die Industrialisierungspolitik, mit möglichst niedrigen Löhnen und wenig (teurer) sozialer Absicherung, woran Weltbank und IWF kein Interesse zeigen, dafür aber optimaler Infrastruktur, machen Thailand nicht zuletzt auch für deutsche Investoren attraktiv und liefern dem deutschen Konsumenten billige Textilien. Die Veränderungen der gesellschaftlichen Verhältnisse in den letzten 20 Jahre haben Thailand zu einem

z.B. Thailand: Wie man aneinander vorbeiredet

Als Roman sein Schlußwort sprach, versteinerten etliche Mienen: Er sei, sagte der Student aus Berlin, zur Thailand-Tagung gekommen, um vor der Konferenz von Weltbank und Internationalem Währungsfonds im Oktober in Bangkok genau über deren Projekte in dem südostasiatischen Land zu erfahren. „Aber jetzt, nach zwei Tagen, weiß ich immer noch nicht viel mehr“. Damit formulierte er, etwas überspitzt, das Fazit vieler Teilnehmer und Teilnehmerinnen an einem Thailand-Seminar, das die Bochumer Südostasien-Infostelle in der Akademie Klausenhof veranstaltete.

Die Vertreterinnen und Vertreter nichtstaatlicher Organisationen Thailands nämlich begründeten ihre Kritik an der Industrialisierungspolitik ihres Landes und der Rolle, die die beiden Finanzierungsorganisationen dabei spielen, ziemlich allgemein. So betonten sie zwar, die Entwicklungspolitik der thailändischen Regierung sei von Weltbank und Weltwährungsfonds nicht nur in einzelnen Projekten mitfinanziert, sondern stehe durch Gründung und Aufbau staatlicher Organisationen nach wie vor unter ihrem Einfluß. Details darüber aber blieben auch nach zwei Tagen und etlichen Nachfragen das Geheimnis der Gäste aus Thailand.

Ähnliches galt für das Problem der individuellen Verschuldung thailändischer Bauern. Sie ist nach Angaben der Referentin Ravadee Prasertcha-rosensk darauf zurückzuführen, daß Bauern wegen der Technisierung der Landwirtschaft und der Verbreitung von düngemittel-intensiven Hohertragsarten mehr Geld investieren

müssen. Während vor etwa 15 Jahren höchstens zehn Prozent der Bauern Schulden gehabt hätten, seien daher mittlerweile ganze Dörfer verschuldet – mit der Folge, daß viele Familien von Kleinbauern verarmten, ihr Land verkaufen und sich als Landarbeiter verdingen müßten. Auf den Einwand eines Zuhörers indes, daß die Zentralregion Thailands die einerseits am höchsten verschuldete, gleichzeitig aber die am wenigsten arme Gegend des Landes sei, reagierte sie eher mit Ungeduld als mit weiteren Erläuterungen.

Die resultierende Verärgerung zwischen Teilnehmern des Seminars und den thailändischen Referenten verweisen auf ein grundsätzliches Problem zwischen westlichen in der Dritte-Welt-Arbeit Engagierten oder Interessierten und Vertretern von nichtstaatlichen Organisationen der sogenannten Entwicklungsländer: Die einen erwarten Fakten, zu belegen mit Zahlen und Daten; die anderen, in ihren Ländern gewohnt, politisch pointiert zu formulieren, bieten ihren Zuhörern gesellschaftliche Schlußfolgerungen und Schuldzuweisungen an, die so allgemein nicht (mehr) akzeptiert werden.

Einzig das Referat des Berliner Agrar-Ökonomen Thomas König schilderte die Folgen konkreter Projekte der Weltbank. Die Wiederaufforstung des nach seinen Angaben auf mittlerweile zwölf Prozent (nach Regierungsangaben 28 Prozent) reduzierten Waldbestandes Thailands mit Eukalyptus-Plantagen sei eine ökologische Katastrophe: „Wo Eukalyptus wächst, wächst sonst nichts mehr, und für die

Bodenfruchtbarkeit ist 30jährige Eukalyptus-Bepflanzung der Tod.“ Außerdem würden in der kapitalintensiven Plantagenwirtschaft nur wenige Arbeitsplätze geschaffen, gleichzeitig aber durch das Aufforstungsprogramm langfristig sieben Millionen Menschen vertrieben.

Ähnlich negativ bewertete König auch das von der Weltbank finanzierte „Eastern Seaboard Development Project“, bei dem eine Ansammlung chemischer Industriefirmen sich auf engem Raum konzentrierte. Die Umweltverträglichkeitsprüfungen, die laut Weltbank für solche Projekte vorgesehen sind, nennt König einen Witz: „Das von der Weltbank gegründete Thai Board of Investment erteilt Genehmigungen noch vor Abschluß der Prüfungen.“

Die Einzelheiten, welche die NRO-Vertreter beim Seminar schuldig blieben, wollen sie zumindest den Teilnehmern ihrer Gegenveranstaltung zu den Konferenzen von Weltbank und Weltwährungsfonds (15. bis 17. Oktober) in Bangkok anbieten. Zwischen dem 9. und 11. Oktober werden in einer Konferenz thailändischer nichtstaatlicher Organisationen in Bangkok Projekte vorgestellt, die eine Alternative zu der Industrialisierungspolitik und ihrer Ausbeutung natürlicher Ressourcen darstellen. Sie sollen zeigen, daß „die Bauern, indem sie eigenes Wissen und Ressourcen gebrauchen, gerechte, wirksame und ökologisch verträgliche Alternativen entwickeln können“, so der Vertreter des Project for Ecological Recovery, Sisuan Kuankachorn.

SABINE WENKE

„Paradies“ deutscher Sexurlauber gemacht und zum „Exportland“ für Ehefrauen vor allem für Deutschland gemacht.

Solche Gesichtspunkte haben leider die meisten Teilnehmer nicht interessiert oder einfach nur ratios gemacht. Vielleicht hängt das damit zusammen, daß bei uns Studenten, in der Dritte-Welt-Arbeit Engagierte oder Interessierte und Journalisten häufig nur an möglichst vielen Fakten aus der Dritten Welt interessiert sind und sie kaum in einen Zusammenhang mit den entsprechenden Fakten über Deutschland stellen, wenn sie denn diese überhaupt kennen, geschweige denn Konsequenzen für ein politisches Handeln daraus abzuleiten versuchen.

Die der thailändischen Referenten kamen aber gerade aus solchen Organisationen (Project for Ecological Recovery, NGO Coordinating Committee on Rural Development, Thai Volunteer Service und Rural Reconstruction Alumni and Friends Association), die

in ihrem Land Wege für politisches Handeln zur Bekämpfung von Armut, sozialer und gesellschaftlicher Ungerechtigkeit suchen und begehnen. Sie hatten erwartet, bei der Tagung auch solche Deutschen anzutreffen, um mit ihnen in einen Dialog treten zu können. Sie waren auf die aus ihrer Sicht akademischen Fragen nicht vorbereitet und meinten in späteren Gesprächen, daß für die anwesenden Teilnehmer/innen wohl Dozenten der Chulalongkorn-Universität die geeigneteren Referenten gewesen wären. Für sie stellen sich in der Tat gerade auch allgemeine gesellschaftliche und politische Probleme, wobei sie m.E. sehr wohl mit differenzierten "Schulduweisungen" arbeiten und dabei auch gerade ihre eigene

Regierung und Elite nicht schonten, trotz z.Zt. bestehender Militärherrschaft in ihrem Land.

Das grundsätzliche Problem ist, sozial engagierte und politisch aktive Menschen aus Länder der sogenannten 3. Welt auf Tagungen gerade mit denjenigen zusammenzubringen, die in Deutschland zu ähnlichen sozialen oder politischen Problemen nicht nur aus akademischen Interessen arbeiten. Diese sind häufig in ihrer auf Deutschland bezogenen Arbeit so fixiert, daß sie meist subjektiv und objektiv keinen Kopf und keine Zeit für solche Veranstaltungen haben. Dafür haben aber die Dritte-Welt AktivistInnen, Fachstudenten und Journalisten um so mehr - durchaus berechtigtes - Detailinteresse.

Diskussionen bleiben dann häufig sehr einseitig, was den Informationsaustausch angeht, denn solche auf die Länder bezogenen z.T. sehr fachkundigen Teilnehmer verfügen meist in Bezug auf ihr eigenes Land noch nicht einmal über die allgemeinen Informationen zu den diskutierten Themen, geschweige denn Detailinformationen. Nicht selten fühlen sich deshalb auch soziale und politische AktivistInnen aus der sogenannten 3. Welt und ihre entsprechenden Organisationen in Bezug auf Informationen durch uns ausgebeutet, da meist nichts entsprechend Nützlich für ihre Arbeit zurückkommt.

Peter Franke

Erste Europäische Konferenz zum Frauenhandel

Die erste europäische Arbeitskonferenz zum Frauenhandel, organisiert von der holländischen Stiftung gegen Frauenhandel und den GRÜNEN im Europaparlament, tagte am 4. und 5. Juli 1991 in Amsterdam. Anwesend waren VertreterInnen von Selbsthilfegruppen, Beratungsstellen, JournalistInnen und Aktive aus 14 europäischen Ländern. Im Folgenden einige Auszüge aus Presseerklärung und Bericht des Abschlußplenums.

Die TeilnehmerInnen stellen fest, daß sich das Problem des Frauenhandels in den letzten zehn Jahren verschärft und neue Formen angenommen hat. Diese Tatsache korrespondiert mit der sich verschlechternden Situation der Dritte-Welt-Länder ebenso wie mit dem verstärkten Protektionismus der reichen Länder, der zu einer Marginalisierung von immer größeren Teilen der Weltbevölkerung insbesondere von Frauen führt. Das vereinte Europa hat eine Verschärfung der Einwanderungsgesetze zur Folge. Arbeitsmigranten erhalten keine unabhängige Arbeits- und Aufenthaltserlaubnis, d.h. Frauen, die in zunehmendem Maße als Arbeitsmigrantinnen für den informellen Sektor angeworben werden, sind besonders leicht ausbeuterischen Praktiken ausgeliefert.

Frauenhandel zeigt sich heute:

- in der Form des Handels mit Frauen aus der sog. Dritten Welt als Bräute für Männer der sog. entwickelten Gesellschaften, sofern Frauen, die für die Vermittlung durch Heiratsagenturen bezahlt haben und betrogen worden sind, keine Wahl des Ehepartners haben, einem entwürdigenden Vermittlungsverfahren unterworfen sind, in dem sie als passive Objekte angeboten werden.

- in der Form des Handels mit Hausangestellten, sofern sie rechtlos sind, ohne Regreßansprüche auf Wiedergutmachung bei Verletzung der Vertragsbedingungen seitens der Arbeitgeber und ihnen sklavenähnliche Arbeits- und Lebensverhältnisse geboten werden.

- in der Form des Handels mit "Künstlerinnen", wenn in ihren Verträgen nicht ausdrücklich vermerkt ist, daß sie männliche Kunden durch Animation und Prostitution zu bedienen haben, sie keine Wiedergutmachungsansprüche an den Arbeitgeber bei Vertragsverletzung stel-

len können und sie nicht ungehindert ihr Arbeitsverhältnis verändern oder kündigen können.

- in der Form der Vermittlung in die Prostitution insofern die Frauen getäuscht, körperlich und /oder psychisch verletzt, finanziell ausgebeutet und/oder gezwungen wurden sich zu prostituieren und/oder keine Möglichkeit haben, ihre Arbeitsbedingungen zu verändern bzw. auszusteigen.

Die erwähnten Formen des Frauenhandels verletzen das Recht auf Selbstbestimmung, auf körperliche und/oder psychische Integrität, und dienen der wirtschaftlichen Ausbeutung und Beraubung persönlicher Freiheitsrechte.

Die KonferenzteilnehmerInnen betrachten Frauenhandel als eine Form weltweiter, systematischer Menschenrechtsverletzung an Frauen. Außer ökonomischen Elementen beinhaltet diese besondere Form der Menschenrechtsverletzung sexistische und rassistische Elemente.

Strategien zur Bekämpfung des Frauenhandels müssen darauf abzielen, Frauen zu befähigen und zu stärken und dürfen nicht die ohnehin schon begrenzte Freizügigkeit für Frauen weiter einengen.

Sie sollten das Recht der Frau auf Selbstbestimmung, die Dekriminalisierung der Prostitution und die Verteidigung der Rechte von Arbeitsmigrantinnen zur Grundlage haben.

Empfehlungen der Konferenz

Die KonferenzteilnehmerInnen stimmten darin überein, ein europäisches Netzwerk gegen den Frauenhandel zu gründen und die Europäische Gemeinschaft zwecks Finanzierung eines Koordinationsbüros anzusprechen. Die hol-

ländischen Minister im EG-Ministerrat sowie die anderen EG-Mitgliedsstaaten wurden in einem Telegramm aufgefordert, das Thema Frauenhandel im Ministerrat zu behandeln. Sie wurden auf die dringende Notwendigkeit der Ergreifung spezifischer Maßnahmen zum Schutz der Rechte von Migrantinnen und zur Verfolgung der Händler hingewiesen.

Im Hinblick auf eine effektivere Verfolgung der Frauenhändler ist es unerlässlich, daß vom Handel betroffene Frauen in allen EG-Mitgliedsstaaten ohne Angst ausgewiesen zu werden die Möglichkeit haben müssen, Anzeige zu erstatten. Ihnen muß zumindest ein zeitlich befristeter Aufenthalt für die Dauer des Gerichtsprozesses gewährt werden. Darüberhinaus sollten ihnen weitere Ausbildungsmöglichkeiten eröffnet werden.

Die UN Arbeitsgruppe zu gegenwärtigen Formen der Sklaverei der Menschenrechtskommission wird dringend aufgefordert,

- einen internationalen Fonds für Opfer des Menschenhandels bereitzustellen;

- einen Berichterstatteur speziell zum Menschenhandel zu bestimmen und in den Jahresberichten der Mitgliedsstaaten zu politischen, Bürger- und Menschenrechten, Berichte zur modernen Form der Sklaverei einzuschließen;

- die UN-Konvention von 1949 zum Menschenhandel durch eine neue Konvention zu ersetzen, die alle modernen Formen der Sklaverei beinhaltet und auf dem Recht der Frauen auf Selbstbestimmung basiert.

Die KonferenzteilnehmerInnen appellierten an das Internationale Arbeitsbüro (ILO), zukünftig auch Frauenarbeit im informellen Sektor, die Prostitution eingeschlossen, in die Konvention der Rechte der Arbeitsmigranten einzubeziehen und zu schützen.

(Kürzung und Übersetzung aus dem Englischen von S. Wycisk)